

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wahnhaftige Furcht vor dem Staat“

Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily, 81, warnt in der Abhöraffaire vor überzogener Kritik an den USA und rät den Sozialdemokraten, das Thema Sicherheit und Geheimdienste nicht in den Bundestagswahlkampf zu ziehen.

SPIEGEL: Herr Schily, stört es Sie eigentlich, wenn der amerikanische Geheimdienst NSA Ihre Mails liest?

Schily: Ich habe keinen Grund anzunehmen, dass die National Security Agency meine Korrespondenz liest. Wir sollten die Debatte, die der frühere NSA-Mitarbeiter Edward Snowden in Gang gebracht hat, etwas gelassener führen.

SPIEGEL: Aus den Akten, die Snowden öffentlich gemacht hat, gehen erstaunliche Dinge hervor: Die USA überwachen in nicht gekanntem Ausmaß die Kommunikation der Bürger, dazu sollen Botschaften verwandt worden sein. Beunruhigt Sie das nicht?

Schily: Ich weiß nicht, ob es stimmt, was Herr Snowden behauptet. Falls die NSA sich Zugang zu deutschen Rechnern verschafft haben sollte, wäre das ein ernster Vorgang, über den man dann mit den Amerikanern mit der gebotenen Entschiedenheit reden muss. Aber es wird viel wirres Zeug behauptet, zum Beispiel, dass 80 Millionen Bundesbürger ausgespäht würden. Das ist einfach Unsinn.

SPIEGEL: In den NSA-Akten steht, dass jeden Monat mehrere hundert Millionen Verbindungsdaten aus Deutschland gespeichert werden.

Schily: Unterstellen wir einmal, es stimmt, was Herr Snowden sagt. Dann hat die NSA möglicherweise die Kommunikation, die über amerikanische Internetserver und Unternehmen lief, gespeichert, um im begründeten Einzelfall darauf zurückgreifen zu können. Das wäre im Prinzip die gleiche Methode, die wir als Vorratsdatenspeicherung kennen.

SPIEGEL: Es gibt in Deutschland keine Vorratsdatenspeicherung, weil sich die liberale Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger dagegen sperrt.

Schily: Die Vorratsdatenspeicherung, die auch das Bundesverfassungsgericht bei Einhaltung bestimmter Bedingungen für grundgesetzkonform hält, ist ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus, der Organisierten Kriminalität und des gewalttätigen Rechtsextremismus. Sie ist geltendes EU-Recht, das Deutschland leider nicht umsetzt. Frau Leutheusser-Schnarrenberger, die als Justizministerin für den Rechtsstaat verant-



Sicherheitsexperte Schily

SIMONE DONATI / DER SPIEGEL

wortlich ist, stellt sich gegen geltendes EU-Recht. Das halte ich für völlig inakzeptabel. Wie die gesetzlichen Regelungen in den USA aussehen, steht auf einem anderen Blatt. In dieser Hinsicht besteht allem Anschein nach noch erheblicher Handlungsbedarf.

SPIEGEL: Ihr Amtsnachfolger Hans-Peter Friedrich hat gerade von einem „Supergrundrecht Sicherheit“ gesprochen. Im Moment wird behauptet, Sie seien der Erfinder dieses Begriffs. Stimmt das?

Schily: Nein. Ich halte diese Wortwahl auch für falsch. Wenn Sie schon von einer Supernorm sprechen wollen, dann ist es der Artikel 1 des Grundgesetzes, der dem Staat die Verpflichtung auferlegt, die Würde des Menschen zu achten. Allerdings wird häufig überlesen, dass Artikel 1 des Grundgesetzes ausdrücklich dem Staat zugleich die Verantwortung zuweist, die Würde des Menschen zu schützen, also die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten.

SPIEGEL: Das klingt nach einem Supergrundrecht Sicherheit durch die Hintertür.

Schily: Wollen Sie damit Artikel 1 des Grundgesetzes in Frage stellen? Der Staat muss dafür sorgen, dass Kriminelle und Terroristen nicht die Freiheit der Menschen bedrohen. Wenn Sie erpresst werden, wenn eine Frau vergewaltigt wird, wenn Sie in Ihrem Haus ausgeraubt werden – wo bleibt da die Freiheit? Was ist aus der Freiheit der Menschen geworden, die am 11. September im World Trade Center ermordet wurden? Man soll keinen falschen Gegensatz zwischen Freiheit und Sicherheit konstruieren. Klar ist aber, dass das Verhältnis der beiden Grundrechte sorgfältig austariert werden muss.

SPIEGEL: Nach dem 11. September 2001 haben viele Staaten – auch die Bundesrepublik – den Schwerpunkt Richtung Sicherheit verschoben. Die NSA überwacht mit dem „Prism“-Programm offenbar weltweit den digitalen Datenverkehr, die Briten machen unter dem Namen „Tempora“ etwas Ähnliches. Ist das Pendel zu weit zu einer Seite ausgeschlagen?

Schily: Die Sicherheitsgesetze in Deutschland haben in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass die Menschen in Deutschland von terroristischen Anschlägen verschont blieben. Wer ist dadurch in seinen Freiheitsrechten eingeschränkt worden? Über das, was den Amerikanern und Briten jetzt vorgeworfen wird, müssen wir kritisch diskutieren. Wenn der britische Geheimdienst tatsächlich die Kommunikation von Delegationen beim G-20-Treffen 2009 in London belauscht haben sollte, wäre das ein unerhörter Vorgang. Aber man soll doch bitte nicht so tun, als ob die größte Gefahr für die Menschen in Deutschland von der National Security Agency ausginge. Denn die größte Gefahr geht vom Terrorismus und von

der Organisierten Kriminalität aus. Ich finde manches Getöse, was da im Moment zu hören ist, nicht angemessen.

SPIEGEL: Das größte Getöse macht Ihre eigene Partei, die SPD.

Schily: Frank-Walter Steinmeier hat sich zu dem Thema sehr vernünftig und ausgewogen geäußert. Dass die Opposition der Regierung kritische Fragen stellt, gehört zu ihren Aufgaben. Wir sollten aber nicht vergessen, dass wir auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den amerikanischen Sicherheitsbehörden angewiesen sind. Die habe ich in meiner Amtszeit immer gepflegt.

SPIEGEL: Aber wir reden jetzt über eine ganz neue Qualität der Kontrolle. Die Nachrichtendienste können den Bürger mittlerweile offenbar total überwachen. Die NSA verfügt anscheinend über Programme, mit denen sie sehen kann, welche Internetseiten jemand ansteuert, wem er E-Mails schreibt, wohin er sich bewegt. Das ist etwas ganz anderes als die alte Telefonüberwachung, die in jedem Einzelfall von einem Richter angeordnet werden muss.

Schily: Sie sprechen einen Widerspruch an, der in der ganzen Debatte zu wenig vorkommt. Viele Bürger geben sorglos

„Für sozialdemokratische Wähler war die innere Sicherheit immer ein wichtiges Thema.“

alle möglichen Informationen preis, an Unternehmen wie Google, Facebook und andere.

SPIEGEL: Schuld sind also nicht die Geheimdienste, die die Bürger ausspionieren, sondern die Bürger selbst?

Schily: In einem demokratischen Rechtsstaat spionieren Geheimdienste keine Bürger aus, sondern dienen der Gefahrenabwehr. Die moderne Kommunikation hat im Internet allerdings eine neue Qualität gewonnen, und die Sicherheitsbehörden müssen sich darum kümmern, wenn das Internet zur Verabredung oder Vorbereitung von Verbrechen genutzt wird. Die Gefahren im Internet und durch das Internet sollten wir nicht unterschätzen.

SPIEGEL: Allein die Tatsache, dass ich in einem sozialen Netzwerk private Dinge preisgebe, berechtigt den Staat noch nicht, sie für sich zu nutzen.

Schily: Es gibt viele Datenbestände, auf die im Einzelfall der Staat aus Gründen der Strafverfolgung zugreifen kann. Ein Unternehmen ist zum Beispiel verpflichtet, seine Buchhaltungsunterlagen aufzubewahren, auch wenn es keinen Verdacht auf Steuerhinterziehung gibt.

SPIEGEL: Es ist ein Unterschied, ob ich bestimmte Unterlagen aufbewahren muss,

damit der Staat meine Steuererklärung überprüfen kann. Oder ob ein Geheimdienst sich Zugang zu meinen Daten verschafft.

Schily: Ich wehre mich ja nur gegen die Behauptung, dass der Staat die Bürger unter Generalverdacht stellt, wenn er vorschreibt, dass bestimmte Daten für einen gewissen Zeitraum aufbewahrt werden müssen. Niemand regt sich darüber auf, dass die Telekommunikationsunternehmen millionenfach Daten zu Abrechnungszwecken speichern, obwohl der Staat im Einzelfall bei Vorliegen eines Verdachts auf diese Daten selbstverständlich zugreifen kann.

SPIEGEL: Braucht ein unbescholtener Bürger Ihrer Meinung nach Datenschutz?

Schily: Natürlich. Ich bin ja nicht gegen den Datenschutz. Aber wir müssen im Blick auf die modernen Kommunikationsformen im Internet neue Antworten für die Fragen des Datenschutzes finden. Welches Recht gilt im Internet, und wie lässt es sich durchsetzen? Wir haben diese Frage in der internationalen Politik vernachlässigt. Die EU hat vor einiger Zeit die Initiative für eine Internet-Charta ergriffen. Daraus ist nichts geworden. Die europäische Datenschutzverordnung kam bisher nicht voran. Wenn Europa auf diesem Gebiet etwas zuwege brächte, könnten wir auch mit den Amerikanern anders reden.

SPIEGEL: Haben Sie in Ihrer Amtszeit jemals von Abhörprogrammen wie „Tempora“, „Prism“ oder „XKeyscore“ gehört?

Schily: Nein.

SPIEGEL: Dürfen deutsche Behörden Daten benutzen, die auf rechtswidrigem Weg erlangt worden sind?

Schily: Das ist eine heikle Frage, die ich in meiner Amtszeit auch beantworten musste. Ich bin bekanntermaßen ein entschiedener Gegner der Folter. Wir bekamen damals Informationen vom amerikanischen Geheimdienst, die möglicherweise helfen konnten, einen terroristischen Anschlag zu verhindern. Wir konnten aber in einem Einzelfall nicht mit Sicherheit klären, ob die Hinweise mit Methoden gewonnen wurden, die wir nicht billigen. Dann ist es eine schwierige Abwägungsfrage, ob wir diese Erkenntnis zur Verhinderung eines Verbrechens verwenden dürfen.

SPIEGEL: Der Zweck heiligt die Mittel?

Schily: Keineswegs. Aber es ging darum, Menschenleben zu retten. Etwas ganz anderes wäre es, wenn diese Erkenntnis in einem Strafprozess verwendet werden sollte. Das hielte ich auf keinen Fall für zulässig. Das gilt für die Folter. Und das gilt auch für illegale Überwachungsmethoden.

SPIEGEL: Man hat den Eindruck, die deutschen Behörden wollen gar nicht wissen, wie die Amerikaner sich ihre Informatio-

nen beschaffen. Wenn man nicht nachfragt, braucht man sich auch keine Gedanken darüber zu machen, was man verwenden darf. **Schily:** Das mit dem Nachfragen ist nicht so einfach. Geheimdienste sind traditionell sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, Quellen offenzulegen. Unsere übrigens auch.

SPIEGEL: Und entziehen sich damit demokratischer Kontrolle.

Schily: Wir haben in Deutschland, aber auch in den USA Kontrollinstanzen. Ob diese ausreichen, wird neuerdings wieder in Frage gestellt. Aber wir sollten uns schon vergewissern, ob wir überhaupt einen Geheimdienst haben wollen oder nicht. Wir können auch sagen, Terroristen fangen wir mit der Schutzpolizei. All diese naiven Menschen, die da unterwegs sind, glauben offenbar, sie könnten dann ruhiger leben. Ich bleibe bei meiner Meinung, wir brauchen geheimdienstliche Arbeit auf einer klaren rechtlichen Grundlage.

SPIEGEL: Sind die Deutschen hysterisch, was den Datenschutz angeht?

Schily: Datenschutz ist wichtig, aber man kann auch überziehen. Die Furcht vor dem Staat trägt teilweise paranoide Züge. Früher haben manche den BND wegen angeblicher Inkompetenz verlacht. Wenn er jetzt effizienter geworden ist, ist das doch nur zu begrüßen.

SPIEGEL: Diese Effizienz hat einen Preis. Offenbar experimentieren BND und Verfassungsschutz mit der amerikanischen Spionagesoftware „XKeyscore“. Wo sind die Grenzen der Zusammenarbeit?

Schily: Wenn wirklich internationale Delegationen abgehört werden, dann ist die Grenze des Zulässigen bei weitem überschritten. Aber wir sollten dankbar sein, dass durch die enge Zusammenarbeit der Nachrichtendienste Terroranschläge verhindert werden konnten.

SPIEGEL: Haben Sie da aus Ihrer Amtszeit ein konkretes Beispiel?

Schily: Ich werde Ihnen jetzt nichts sagen, was ich Ihnen früher als Minister schon nicht sagen durfte. Jedenfalls ist es den deutschen Sicherheitsbehörden gelungen, alle in Deutschland geplanten Anschläge zu verhindern. Manche dieser Erfolge verdanken wir auch der Zusammenarbeit mit den Amerikanern.

SPIEGEL: Innenminister Friedrich behauptet, es seien so insgesamt fünf geplante Anschläge aufgedeckt worden.

Schily: Ich rede nicht über Zahlen.

SPIEGEL: Im Moment wird das Treiben der Geheimdienste mit dem Argument verteidigt, sie würden Anschläge verhindern.



Animation:
Otto Schilys Karriere
spiegel.de/app312013schily
oder in der App DER SPIEGEL



Schily, SPIEGEL-Redakteure*: „Vertrauen in den Staat“

Aber die Bürger können das nicht überprüfen. Warum sollten wir Ihnen oder Herrn Friedrich glauben?

Schily: Ich empfehle ein gewisses Vertrauen in den Staat und seine Sicherheitsbehörden. Im Übrigen können diese Sachverhalte in den parlamentarischen Gremien durchaus überprüft werden. Außerdem weise ich darauf hin, dass sowohl BND als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz von zwei hochkompetenten und absolut integren Beamten geleitet werden.

SPIEGEL: Die jüngsten Enthüllungen sind nicht dazu angetan, das Vertrauen in den Staat zu festigen.

Schily: Ich sage ja ausdrücklich, dass die jetzt bekanntgewordenen Programme der US-amerikanischen und britischen Geheimdienste gründlich kritisch überprüft werden müssen. Aber man darf nicht den Bogen überspannen. Wenn ich im SPIEGEL von der „United Stasi of America“ lese, ist das wirklich abenteuerlich.

SPIEGEL: Das waren nicht unsere Worte. Wir haben eine Lichtprojektion des Künstlers Oliver Bienkowski abgebildet.

Schily: Mich beschleicht bei manchen Äußerungen der Verdacht, dass dahinter eine Portion Antiamerikanismus steckt.

SPIEGEL: Im Moment versucht die SPD, mit der Spähaffäre im Wahlkampf zu punkten.

Schily: Die SPD war immer gut beraten zu sagen, wir sind entschieden für die Freiheitsrechte des Einzelnen, aber gerade deshalb sorgen wir auch für Sicherheit. Diese Reputation sollten die Sozialdemokraten nicht aufs Spiel setzen. Law and Order sind sozialdemokratische Werte.

SPIEGEL: Kanzlerkandidat Peer Steinbrück wirft Angela Merkel vor, sie habe ihren Amtseid verletzt.

Schily: Ob das komplizierte Thema Sicherheit und die Frage der Befugnisse der Geheimdienste ein geeignetes Wahlkampfthema sind, habe ich nicht zu entscheiden. Die Furcht vor dem Staat trägt teilweise

wahnhaftige Züge, auch bei manchen Politikern von FDP und Grünen. Die großen Parteien haben nach meiner Einschätzung bei diesem Thema kaum etwas zu gewinnen. Für sozialdemokratische Wähler war die innere Sicherheit stets ein wichtiges Thema.

SPIEGEL: Ist Snowden für Sie ein Held oder ein Verräter?

Schily: Er hat eine Debatte angestoßen, die hilfreich sein kann. Es wäre vermutlich besser gewesen, wenn er sich in den USA zu Wort gemeldet und Unterstützung gesucht hätte. Er hätte dort

sicherlich Ansprechpartner gefunden, wie die beachtliche Zahl kritischer Äußerungen von Kongressabgeordneten und Senatoren beweist.

SPIEGEL: Dann säße er jetzt im Knast.

Schily: Das ist nicht ausgemacht. Er hätte sich einem Senator oder Kongressabgeordneten anvertrauen können, ohne seine vertraglichen Pflichten zu verletzen. Ein Freiheitsheld, der in Russland Zuflucht sucht, kommt mir jedenfalls etwas seltsam vor.

SPIEGEL: SPD-Chef Sigmar Gabriel will Snowden als Zeugen vernehmen und vielleicht sogar in ein Zeugenschutzprogramm aufnehmen.

Schily: Ob Sigmar Gabriel die außenpolitischen Folgen bedacht hat? Die aktuellen Fragen, um die es geht, müssen sicherlich mit dem notwendigen Nachdruck geklärt werden, aber ohne die guten Beziehungen zu den USA zu gefährden.

SPIEGEL: Sie sind vor vier Jahren aus der aktiven Politik ausgeschieden und leben jetzt einen Gutteil des Jahres in der Toskana. Können Sie verstehen, dass Peer Steinbrück das Leben eines Polit-Pensionärs eingetauscht hat gegen die Mühen einer Kanzlerkandidatur?

Schily: Peer Steinbrück verdient großen Respekt, dass er die Kanzlerkandidatur übernommen hat. Er weiß, dass er sich in eine heiße Küche begeben hat und nun die Hitze aushalten muss. Ich wünsche ihm viel Erfolg.

SPIEGEL: Was muss die SPD tun, damit ihr Wahlkampf noch in die Gänge kommt?

Schily: Ich bin nicht so vermessen, meiner Partei aus der Toskana mehr oder weniger kluge Ratschläge zu geben. Aber wir müssen uns schon die Frage stellen, welche Themen wir in den Vordergrund rücken. Wahlen werden in der Mitte gewonnen. Das ist ein alter Satz. Aber er bleibt richtig. Wenn die SPD die Mitte nicht erreicht, dann wären ihre Chancen nicht allzu groß.

SPIEGEL: Herr Schily, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Lesen Sie auch das Interview mit Obama-Berater John Podesta auf Seite 78.

* Ralf Neukirch und René Pfister in Siena.